

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Leipzig, aben & Romp, Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen monatlich 4.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich jährlich 7.10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Anserate werden die 7gespaltenen Zeilen mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Kreisanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/2, 3 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 286.

Dresden, Montag den 9. Dezember 1918.

29. Jahrg.

Landesrat oder Konstituante?

Als der nachfolgende Artikel bereits geschrieben war, hat ein sozialdemokratischer Bezirkstag für Ostschlesien, der gestern tagte, gegen eine Stimmabgabe für eine Volksvertretung für Sachsen zu berufen und sie gleichzeitig mit den Wahlen für die Nationalversammlung wählen zu lassen.

Der sächsische Landes-Arbeiter- und Soldatenrat hat in seiner letzten Sitzung zufolge eines Auswahls eingeleitet, dem die Aufgabe gestellt worden ist, die Maßnahmen für die Überleitung des provisorischen Landesrats zu einem endgültigen zu beraten und vorzubereiten. Aus der durch bei einem anderen Punkte der Landesratsitzung berührten Aussprache hat sich ergeben, daß dieser Ausschuss auch Vorschläge für das Wahlverfahren für die Landesvertreter mit auszuarbeiten soll. Voraussichtlich wird er etwa zwei Wochen Zeit zu seinen Beratungen benötigen; in unserer wirtschaftlich schwierigen Zeit kann sich daher der Ausschuss bei der Abhängigkeit seiner Beratungen vor wesentlich anderen Verhältnissen sehen, als sie bei der Beschlußfassung über die Ausschusswahl bestanden haben.

Wie zu einem gewissen Grade ist das schon jetzt der Fall. Wir weisen nur darauf hin, daß die Einberufung einer Nationalversammlung für das Reich nicht nur endgültig entschieden ist, sondern auch die Forderung nach einem früheren Zusammenritt als Mitte Februar immer dringlicher erhoben wird. Heute schon erhebt es gar nicht ausgeschlossen, daß die Wahlen für die Nationalversammlung entweder schon stattgefunden haben oder doch ungefahr zu dem Zeitpunkt vorgenommen werden, wo in Sachsen der Landes-Arbeiterrat gewählt werden soll. Wir würden in Sachsen dann einen Arbeitererrat haben, wo im Reich bereits eine Nationalversammlung besteht. Wahrscheinlich würden auch die sächsischen Staaten bereits solche Vertretungen für ihre Gebiete haben.

Natürlich kann der äußerliche Eindruck, daß man unter solchen Umständen in Sachsen hinter den Ereignissen etwas verbirgt, nicht entscheidend sein. Aber uns scheinen die angeführten Erwägungen doch dafür zu sprechen, daß der für die Einberufung eines Landesrats eingeleitete Ausschuss auch die Frage immerhin und gründlich beraten sollte, ob man nicht, statt einen Landes-Arbeitererrat zu wählen, auf eine Konstituante zu kommen sollte. Das scheint uns um so näher zu liegen, weil in Sachsen eine sozialdemokratische Mehrheit in einer nach dem Verhältniswahlverfahren zustandekommenden Konstituante für das ganze Land sicher erhebt, andererseits aber eine auf allgemeinen Wahlen beruhende Landesvertretung eine bessere Grundlage ist für wichtige Entscheidungen, z. B. auch für die Aufnahme von Anleihen und Ausschreibung neuer Steuern sowie die Bewilligung staatlicher Mittel zu sozialen Zwecken, die die Steuerkräfte stark in Anspruch nehmen. Es sind ferner gelegentliche Neuerungen einschneidender Art unerwünscht. Bereits bei der letzten Tagung des Landes-Arbeiterrats ist darauf hingewiesen worden, daß zur Befestigung der selbständigen Entscheidung ein besonderes Gesetz erforderlich ist, weil die einfache Aufhebung viele Gemeinden schwerwiegend würde. Dringend nötig ist ferner eine Neuorganisation der Bezirksorganisationen, besonders der Bezirksvertretungen. Jetzt herrschen darin vorwiegend die Schichtbevorzugten; alle Nachhaber solcher Art passen zu den auf gleichem Wahlrecht beruhenden neuen Gemeindevertretungen wie die Faust aufs Auge. Mit bloßen Aufhebungen ist hier aber nichts zu erreichen, es ist vielmehr komplizierte Gesetzesarbeit nötig. Das gilt aber noch von manchen anderen Aufgaben, auch vom Volksschulwesen, besonders der dringlichen Neuorganisation des Volksschulwesens.

Gesetzgebende Arbeit solcher Art würde aber viel sicherer begründet und konnte eine weitere Nachprüfung viel besser ertragen, wenn einer auf allgemeiner Wahl beruhenden Volksvertretung die Entscheidung zustünde, als einem Arbeitererrat, dessen Zusammenlegung nur von einem Teil der Einwohner bestimmt wird. Je länger wir die Sache durchdacht haben, je mehr sind wir davon überzeugt worden, daß im Interesse einer sicher fundierten Weiterentwicklung der revolutionären Errungenschaften eine sächsische Volksvertretung notwendig ist.

Wir hegen auch keine Befürchtungen, daß in dieser Zeit, wo das Reichsgefühl in allen Augen gelodert ist, partikularen Strömungen durch eine sächsische Volksvertretung Förderung geleistet werden könnte. Das erscheint schon deshalb ausgeschlossen, weil die Konstituante eine sozialdemokratische Mehrheit haben und die Liberalen in Sachsen von partikularen Reigungen nicht nur völlig frei, sondern bei ihnen auch eine starke Strömung für direkten Anschluß an das Reich vorhanden ist. Fragen dieser Art können aber auch schnell an uns herantreten. Es erscheint uns aber ausgeschlossen, ohne eine Volksvertretung darüber endgültige Entscheidungen zu treffen.

Es kann auch nicht verwiegen werden, daß sich infolge der Niederlage der Arbeiter- und Soldatenräte zum Teil recht wenig befriedigende Zustände ergeben haben, die allerdings zum Teil auf den Einfluß der Links-Abhängigen und auf die Anwesenheit von Ausschüßern beruhen.

aber die Verhältnisse, wenn es zu offenkundigem Widerstande gegen Anordnungen der Zentralstelle kommt, wie es dieser Tage von Leipzig aus geschehen ist. Für den Schaden, der der Gesamtheit durch unergiebliche Verhältnisse solcher Art entstehen muß, wird man in weiteren Volkstreffen die Partei verantwortlich zu machen haben. Was das für die kommenden Wahlen bedeuten würde, ist ohne weiteres ersichtlich. Allerdings wäre es grundfalsch, der Sozialdemokratie die Querschnitte der Spartakisten und ihrer Verbündeten an die Halskette zu hängen; aber mit einem Schein von Recht könnte man es dann tun, wenn wir zu allem Schweigen und nicht die erforderlichen Konsequenzen aus der geschilderten Sachlage ziehen würden. Daraus aber ergibt sich die Forderung, die jetzige Vielregiererei so bald wie möglich durch neu gewählte Gemeindevertretungen und im Lande durch eine Konstituante zu ersetzen, mit einem Worte: eine neue freiheitliche Ordnung zu schaffen, die eine einheitliche Verwaltung ermöglicht und eine Lebensfrage für die junge Republik ist.

Überdies darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß den Arbeiter- und Soldatenräten im allgemeinen ein frühzeitiges Ende bereitet werden kann. Dieser Tage ist von einem Ultimatum der Entente berichtet worden, wonach die Arbeiter- und Soldatenräte bis zu einer gewissen Zeit aufgelöst werden müssen. Das würde in den Gemeinden zugetragen sein, weil hier an Stelle des Rates die vielleicht schon neugewählte Gemeindevertretung besteht, im Lande würden wir aber in diesem Falle vor einem Nichts stehen, denn Neuwahlen für eine Volksvertretung werden sich nicht so schnell durchführen lassen, wenn noch nichts vorbereitet ist. Es könnte sich auch die Regierung dann auf nichts stützen, was für sie verhängnisvoll werden könnte in freier Zeit.

Nach alledem sind wir der Ansicht, daß gewichtige Gründe für eine Brückung der Frage sprechen, ob alsbald auch in Sachsen eine Nationalversammlung zu berufen sei, ja, diese Gründe sich immer dringlicher geltend machen.

Die Tschechen in Deutschböhmen.

Prag, 8. Dezember. Tepitz und Schönau wurden nachmittags von tschecho-slowakischen Truppen besetzt. Die Vertreter von Stadt und Bezirk Tepitz legten namens der deutschen Bevölkerung Verwahrung ein gegen die Besetzung und erklärten, daß sie nur unter dem Druck der militärischen Gewalt sich den Maßnahmen der tschecho-slowakischen Truppen fügten. Die Besetzung vollzog sich in Ruhe und Ordnung.

Prag, 8. Dezember. Laut Karodni List ist Höhen-Elbe gestern abend von tschecho-slowakischen Truppen besetzt worden. Ruhe und Ordnung wurden nicht gestört.

Wien, 9. Dezember. Da der Wiener tschechische Gesandte Zujar das Bestehen einer Erklärung bestätigt, wonach Deutschböhmen dem Tschechen-Staate einverleibt werden soll, verlassen viele deutschböhmisches Abgeordnete Wien, um vor der drohenden Einstellung des Bahnverkehrs in ihren Wahlbezirken einzutreffen. Inzwischen setzen die Tschechen ihren Vormarsch auf niederösterreichisches Gebiet fort.

Die Berliner Kundgebungen.

Der Freitag, Sonnabend und Sonntag bedeuten für Berlin drei aufeinander folgende Tage. Die Vorfälle vom Freitag sind für die Spartakisten zu einem Aufstak für Demonstrationen, Ausschreitungen am Sonnabend geworden. Völlig aufgeklärt ist die Köpenicker, die die Festnahme des Berliner Volkstags zum Mittelpunkt hatte, noch nicht. Der Rat der Volkstagsbeauftragten hat bis jetzt nur feststellen können, daß der Auftrag zur Verhaftung von einem gewissen Ratten und zwei Beamten des Auswärtigen Amtes, Grafen Matuschka und v. Heine haben, erteilt worden ist. Die beiden Beamten sind flüchtig. Ihre Verhaftung ist angeordnet. Im Zusammenhang mit dieser Affäre wurde gegen ein Mitglied des Soldatenrats namens Krebs eingeschritten. Auch das frühere Mitglied des Volkstagsausschusses Vollin-Koh wurde verhaftet, weil er durch die Unternehmung stark belastet ist. Krebs soll die Truppen ausgeschoben haben, die am Freitag in der Chausseestraße gegen den Demonstrationenzug des Maschinengewehrtrücker richteten. Die Vernehmung der Verbündeten hat allerdings ergeben, daß aus dem Zuge der Spartakisten zuerst geschossen wurde.

Es ist selbstverständlich, daß für Liebknecht und Genossen die traurigen Vorfälle vom Freitag noch immer nicht traurig genug sind, um nicht zur Strafenagitation benutzt zu werden. Den ganzen Sonnabend hindurch hat die Spartakistengruppe auf den Straßen Berlins demonstriert. Wie ein Schwarm auf den Straßen Berlins demonstriert. Wie ein Schwarm auf den Straßen Berlins demonstriert.

Tschechische Raubzüge.

Auspitz, 8. Dezember. 1000 Mann tschecho-slowakischer Soldaten raubten in der Lodschhauptniederlage Labak im Werte von 6000 Kronen. Außerdem raubten sie bei mehreren Kaufleuten Waren und zertrümmerten die Geschäftseinrichtungen. Die Offiziere erklärten sich anherbeifolgend, der Ausschreitungen der Soldaten Herr zu werden. Alle Kaufleute mußten ihre deutschen Firmenscheine beibringen.

Die drohende Besetzung Wiens.

Wien, 9. Dezember. In Militärkreisen herrscht die Auffassung, daß die Entente die beabsichtigte Besetzung Wiens bisher nur unterließ, weil sie sich durch die Madonnen-Armee im Rücken bedroht fühlte. Nach der Waffenstreckung Madonnens erwartet man nunmehr in aller nächster Zeit die Besetzung Wiens durch Entente-Truppen, wobei annehmend auch den Tschecho-Slowaken eine Mitwirkung zugebilligt ist.

Hamburger Verschwörer.

Hamburg, 8. Dezember. Die Presseabteilung des Arbeiter- und Soldatenrats meldet: Die bisherigen Ermittlungen über eine geplante Gegenrevolution haben folgenden Sachverhalt ergeben: An den Redakteur des Hamburger Korrespondenz, Abter, trafen vor einer Woche Kapitalisten und Reaktionen mit der Anfrage heran, ob er ihnen nicht Verbindungen mit Soldatenfreien verschaffen könne. Es handelte sich darum, führende radikale Mitglieder des Arbeiterrates zu verhaften und unabsichtlich zu machen, um den Arbeiterrat mit geeigneten Elementen zu besetzen und sofort den Senat und die Bürgerwehr zur Schaffung einer Hamburger Verfassung einzuberufen. Abter hatte Beziehungen zu dem Roten Jeller, dem sich die ehemaligen Mitglieder der Presseabteilung des Arbeiter- und Soldatenrats Freund und Wolf angeschlossen. In mehreren Besprechungen zwischen Freund, Wolf, Jeller und Abter wurde beschlossen, 14 Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats und andere im Vorbergrund stehende Revolutionäre zu verhaften. Diese sollten Montag morgen 6 Uhr in ihrer Wohnung festgenommen werden. Am Montag abend sollte das Rathaus militärisch besetzt werden. Von einer Gruppe Kapitalisten war nach der Erklärung Abters eine halbe Million Mark zur Verfügung gestellt, mit der die Verschwörer besetzt werden sollten. Auch Senatsmitglieder waren von dem Plan unterrichtet. Am Freitag abend wurden im Hotel Vier Jahreszeiten alle Einzelheiten des Plans besprochen. Die Kapitalisten verbrachten Geld in unbeschränkter Weise zur Verfügung stellen zu wollen. Der ehemalige liberale Reichstagsabgeordnete Blum hatte sich anfänglich für den Plan sehr lebhaft interessiert, hatte dann aber Bedenken bekommen und sich gegen den Plan wegen seiner Undurchführbarkeit ausgesprochen. Auch der Polizeihauptmann v. Restorf war an der Besprechung beteiligt, hatte sich aber gleichfalls gegen diesen Plan gemeldet. Am Sonntag nachmittag hatte Jeller mit den übrigen Verschwörern in einem Hamburger Restaurant eine Fluchtbesprechung. Hierbei wurden sie durch den Arbeiter- und Soldatenrat festgenommen, der bereits seit einigen Tagen vom Stand der Dinge Kenntnis hatte. Welche sozialistische Kreise an dem Putsch beteiligt und wie weit er in offizielle Kreise hineinspielt, wird noch später mitgeteilt werden.

Also thronend ist Liebknecht durch das friedliche Berlin gerollt, um die Bevölkerung mit bolschewistischen Brandreden zu bombardieren. Mehrere Fabriken, die stark spartakistisch durchsetzt sind, haben an der Demonstration teilgenommen. Ein „roter Soldatenbund“ wurde im Lustgarten nicht weit vom Schloss als für gegründet erklärt. Rosa Luxemburg hat sich ihr Gürtchen getan, hat Ebert und Scheidemann für die leeren Köpfe, vor denen die Frauen zu Hause stehen, verantwortlich gemacht und Liebknecht als kommenden Präsidenten hochheben lassen. In einigen Stellen ist es nur dem Eingreifen ruhiger Leute gelungen, ein Blutvergießen zu verhindern, denn es ist erklärlich, daß die gesamte Berliner Garnison dem wahnwütigen Treiben nur noch mit kaum zu bändigender Erbitterung zuseht.

Das wissen Liebknecht, Noja und Romp, sie wissen auch, daß sie eine kleine Minderheit sind und daß mit den Soldaten auch sämtliche Berliner Soldatenräte hinter der Regierung Ebert-Goale stehen. Aber was ihnen mächtschwächerer erlaubt, läßt sich mit dem Feuer zu spielen, ist ein einfacher Umstand: Sie wissen, daß die Volksempfänger Mutvergießen vermeiden wollen, solange es irgendwie geht. Sie wissen, daß hinter Liebknecht lauernd Bewaffnete stehen, die sich Plünderungsgewalt und Schießereien in den ersten Tagen zusammengetragen haben. Sie wissen, daß sowohl Ebert wie Goale solange als möglich ein Wortvergeben verüben wollen, wie es an dieser Situation in Berlin möglich ist.

Seite 14
Gülden
130 an
29 50
em dop
reschnall
1 25 50
26 30
1 15 50
en, beste
u. breite
M 45.-
be, Gürt
M 15 50
Vollst.
Vollst.
Der
ng
releber.
grieten
erfahren
tehang.
ar
befähil.
Georgelle 13
Dräger Gz.
11
18 28
garten
minige Sonntag
rgen-Werke
sstellen
440
ausstellen
Reb. n. 1.10
20 p. 1.10
de. Jule. 2000
per kg. 2.00
r Schmidt
Ort. 16.
oh. 10.00
17.00
18.00
19.00
20.00
21.00
22.00
23.00
24.00
25.00
26.00
27.00
28.00
29.00
30.00
31.00
32.00
33.00
34.00
35.00
36.00
37.00
38.00
39.00
40.00
41.00
42.00
43.00
44.00
45.00
46.00
47.00
48.00
49.00
50.00
51.00
52.00
53.00
54.00
55.00
56.00
57.00
58.00
59.00
60.00
61.00
62.00
63.00
64.00
65.00
66.00
67.00
68.00
69.00
70.00
71.00
72.00
73.00
74.00
75.00
76.00
77.00
78.00
79.00
80.00
81.00
82.00
83.00
84.00
85.00
86.00
87.00
88.00
89.00
90.00
91.00
92.00
93.00
94.00
95.00
96.00
97.00
98.00
99.00
100.00